

„Als gäbe es zwei Gesellschaften: Eine von Bürgern und eine von Politikern“

Auf dem Weltwirtschaftsgipfel im Januar 2010 in Davos äußerte sich der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy zur Bedeutung globaler Konferenzen wie den Klimagipfel in Kopenhagen im Vergleich zu regionalen und lokalen Aktivitäten. Er stellte eine interessante Frage: „Und wie kommt das nun alles zusammen? Die Stagnation im Großen auf den Konferenzen, die Blockaden in den Parlamenten einerseits. Und auf der anderen Seite diese vielen kleinen und mittelgroßen Aufbrüche in der sog. Bürgergesellschaft. Als gäbe es zwei Gesellschaften: Eine von Bürgern und eine von Politikern“. Eine bemerkenswerte Aussage, die den Kern der Lage trifft.

Nach der Bankenkrise im Jahre 2008 wurde in Deutschland der Ruf nach dem Staat immer lauter. Er sollte durch neue Regelungen den Fehlentwicklungen des freien Marktes Einhalt gebieten. In noch nie dagewesener Geschwindigkeit wurde ein Rettungsprogramm für die Banken aufgelegt. In diesen Tagen zeigt sich aber, dass die Krise allein durch staatliche Maßnahmen nicht bewältigt werden kann. Ganz im Gegenteil. Es wird deutlich, der Staat kann es auch nicht besser. Es bewegt sich nichts in der großen Politik. Die Reformkräfte sind erlahmt. Eine noch nie dagewesene Neuverschuldung von rund 80,2 Mrd. Euro des Bundes und eine Gesamtverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden in Höhe von 1,7 Billionen Euro schränken die Handlungsspielräume der nachfolgenden Generationen weiter ein. Die dramatische Finanzlage der Kommunen führt zu immer weiteren Leistungseinschränkungen mit gravierenden negativen Folgen für die Bürgerinnen und Bürger. In vielen Städten und Gemeinden kann von kommunaler Selbstverwaltung keine Rede mehr sein. Das ist fatal und muss dringend geändert werden. Denn die notwendige Modernisierung und Erneuerung unseres Landes kann nur von starken und leistungsfähigen Kommunen mit einer aktiven Bürgergesellschaft kommen. Nur wenn wir das Kreativitätspotenzial und das nach wie vor große Engagement der Bürgerinnen und Bürger, sich für das Gemeinwesen einzusetzen aktivieren, können wir grundlegend umsteuern und damit unsere Zukunft gewinnen. Wir Bürgerinnen und Bürger dürfen die Politik nicht nur den Politikern überlassen. Bürgerschaftliches Engagement ist als Ergänzung und Korrektiv notwendig. Wer Zukunft gestalten will, muss sich einmischen. Die Bürgergesellschaft wird in Zukunft eine bedeutende Rolle spielen. Aus ihr wächst die Hoffnung nach einer neuen Balance zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Getrieben wird diese Hoffnung durch die drei Welttrends Transparenz, Offenheit und Partizipation. Sie wiederum werden beschleunigt durch die modernen Informations-

und Kommunikationstechnologien, die Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung fundamental verändern.

Das Internet lässt keinen Stein mehr auf dem anderen. E-Mails, Internet und Mobilfunk sind wesentlicher Bestandteil unseres Lebens geworden. Immer mehr geschäftliche, soziale und gesellschaftliche Aktivitäten verlagern sich in das Internet. Wie wir leben, arbeiten, uns bilden oder unsere Freizeit verbringen, hängt inzwischen maßgeblich davon ab. Das Internet wird zu einem eigenständigen Lebens- und Wirtschaftsraum. 1,6 Milliarden Menschen sind weltweit miteinander vernetzt. Eine weitere Milliarde Menschen wird in den nächsten fünf Jahren dazu kommen. Das Internet hat die Globalisierung drastisch beschleunigt. Es sind weltweite Wertschöpfungsketten entstanden. Die Welt rückt immer weiter zusammen und die Grenzen zwischen Online- und Offline-Welt verschwimmen zunehmend.

Diese Entwicklung fordert die Kommunen neu heraus. Das Internet ermöglicht ihnen völlig neue Formen der Interaktion mit Bürgerinnen und Bürgern. Mitmachen und Teilhaben sind zu wesentlichen Aspekten des 21. Jahrhunderts geworden.

Von Web 1.0 zu Web 2.0 und den digital Natives

Das Internet 1.0 war zunächst nur ein reiner Schaukasten für Informationen. In den letzten Jahren haben sich jedoch die primäre Nutzung und die Wahrnehmung der Internets zunehmend verändert. Es hat sich verstärkt zu einem Mit-Mach-Internet entwickelt. Über Blogs, Wikis, Twitter usw. ist es einfach und preiswert möglich, Botschaften in die Welt zu versenden, ohne einen Sender oder eine Lizenz zum Senden besitzen zu müssen bzw. ein großes Medienunternehmen zu sein. Jeder wird sein eigener Verlag und Chefredakteur. Die Nutzer werden direkt eingebunden. Sie erstellen, bearbeiten und verteilen Inhalte nach eigenem Ermessen.

Das Web 2.0, wie das Internet seit 2003 auch genannt wird, verändert aber auch die hierarchischen Strukturen. Es verstärkt Kooperationen sowie Kollaborationen und ermöglicht eine Vielzahl neuer Formen der Zusammenarbeit. Das Internet der zweiten Generation bringt Menschen zusammen, um sich gegenseitig mit Wissen zu versorgen beziehungsweise gemeinsam völlig neues Wissen zu generieren.

In der Gruppe der 14 bis 49-Jährigen sind 95,6 Prozent regelmäßig im Internet. Online-Plattformen wie Facebook oder StudiVZ, Blogs, Wikis und Videos verleihen dem Einzelnen ungeahnte Möglichkeiten zum Publizieren, Präsentieren und Senden von Informationen. Doch an der Politik und öffentlichen Verwaltung rauscht diese wandlungsfähige neue Welt scheinbar vorbei. Um dies zu verhindern, muss u.a. die Medienkompetenz der Mitarbeiter in den Behörden erhöht werden.

Digital Natives verbringen ihr Leben im Netz. Sie durchbrechen die Linien zwischen Arbeit und Leben weitestgehend. Ihr Arbeitsraum ist schon lange nicht mehr das Büro, sondern das Café sowie der Flughafen, die Lobby oder der öffentliche Platz. Sie senden und empfangen Nachrichten in Echtzeit und sind bereit ihre Informationen mit einem großen Zuhörerkreis zu teilen. Digital Natives sind experimentierfreudiger, begeisterungsfähiger und interaktiver. Sie leben ihre Fähigkeiten und sind auch bereit diese mit einzubringen. Genau auf diese Entwicklung muss sich die Verwaltung einstellen.

Bürgerbeteiligung 2.0

Das Web 2.0 verleiht dem Bürger eine Macht neben seiner Wahlentscheidung. Er möchte nicht mehr einfach nur seine Meinung kundgeben, sondern an den politischen Entscheidungen beteiligt werden. Neben der freien Meinungsäußerung bietet ihm das Internet der neuen Generation die Möglichkeit, sich unkompliziert mit der Verwaltung und Unternehmen zu vernetzen und auf einfachem Wege einen Blick auf das Handeln der Verwaltung und Unternehmen zu haben. Unregelmäßigkeiten können auf diese Weise schon im Ansatz entdeckt und geklärt werden. So kann die Politik viel früher auf Fehlentwicklungen hingewiesen werden.

Das Web 2.0 ist enorm partizipatorisch und demokratisch. Der Bürger wird zum gleichberechtigten Partner der Verwaltung. Alles ist mit allem vernetzt. Der Bürger erhält ein enormes Gestaltungspotential. Kreative Köpfe aus der ganzen Welt können sich vernetzen und gemeinsam an der Lösung von Problemen arbeiten. Das Web 2.0 bietet die Möglichkeit globale aber auch lokale Gemeinschaften zu bilden, um Projekte zu bearbeiten und Veränderungen gemeinsam herbeizuführen. Ein Beispiel für die Umsetzung von Web 2.0 ist die Einführung eines so genannten Bürgerhaushaltes 2.0, also einer Onlinediskussion über den Bürgerhaushalt. Hier erhalten Bürger die Möglichkeit, in Zeiten knapper Kassen ihre Wünsche und Vorschläge im Dialog mit der Verwaltung im Rahmen der vorhandenen Mittel bedarfsorientiert abzustimmen. Die Bürger können mit ihrer Verwaltung kooperative Vorschläge zu entwickeln, bewerten und auch zu hierarchisieren. In den Städten Köln, Freiburg und Hamburg sowie in weiteren 120 Kommunen wird das bereits erfolgreich praktiziert. Bemerkenswert ist auch ein Projekt in Solingen. Dort sind die Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, insgesamt 78 Sparvorschläge der Stadt zu bewerten.

Neben der Öffentlichkeitsarbeit sind Web 2.0 Angebote eine gute Möglichkeit, den Bürger besser in die Arbeitsabläufe der Kommune einzubinden. Auf diese Weise können Kenntnisse aus der Sicht des Bürgers auf die Verwaltung gewonnen werden. Mängel, Auffälligkeiten und Probleme können direkt im Austausch diskutiert und behoben werden. In der Praxis zeigt sich, dass der Bürger durchaus bereit ist, die Kommune in dieser Form zu unterstützen. Wenn Problemerkennung und Problemlö-

sung dann noch zeitnah bearbeitet werden können, steigt die Zufriedenheit der Bürger deutlich, da sie sich ernst genommen fühlen.

Web 2.0 und die Verwaltung

Der Staat und die Kommunen sind jedoch auf die gegenwärtige Entwicklung bislang nur unzureichend vorbereitet. Die meisten Behörden leben immer noch in der Government 1.0 Welt. Sie stellen Informationen bereit, reduzieren durch die digitale Organisation Kosten und steigern ihre Effizienz. Insgesamt konzentrieren sie sich aber noch viel zu sehr auf die Digitalisierung bestehender Strukturen, Aufgaben und Abläufe. Der wesentliche Web 2.0-Aspekt des Austausches wird in den seltensten Fällen berücksichtigt. Der Übergang von der Informationsplattform zur Dialogplattform ist noch nicht gelungen. Dabei können die eigentlichen großen Herausforderungen wie Klimaschutz, bessere Bildung, neue Arbeitsplätze und die Haushaltskonsolidierung nicht mit den bisherigen Instrumenten der Verwaltung allein bewältigt werden. Hierfür sind die Anstrengungen aller gefordert. Staat, Unternehmen, aber auch die Bürger müssen in den Prozess der Problemlösung gleichermaßen einbezogen werden. Genau dafür bietet die neue Generation des Internet alle Möglichkeiten.

Politik und Verwaltung sind gut beraten, das Wissen ihrer Bürgerinnen und Bürger als „Schwarmintelligenz“ zu entdecken und mit einzubinden. Häufig schlummert das lokale Wissen lediglich in den Köpfen der Menschen vor Ort. Dies gewaltige Kreativitätspotenzial muss in das gemeindliche Leben mit eingebunden werden. Notwendig dafür ist ein Kulturwandel in Richtung Vernetzung und Öffnung. Besonders junge Menschen sind für diese Entwicklung offen. Es dauert nur noch Wochen, bis auch in Deutschland die ersten „Apps for Cities“ von engagierten Entwicklern angeboten werden, so z.B. über Schlaglochmitteilungen oder Hinweisen nach öffentlichen Toiletten im aktuellen Umkreis des Suchenden. Hier entsteht ein neues Aktivitätsfeld, das von der Zivilgesellschaft getrieben wird und u. a. öffentliche Informationsangebote ergänzt. Die Kommunen sind gut beraten, solche Initiativen auch durch Bereitstellung von Informationen zu unterstützen.

Fazit

Der Dialog, den das Web 2.0 anstößt, hat dabei immer zwei Seiten. Die Kommune selbst muss auch aktiv werden und in den Dialog einsteigen. Sie muss ihre ganze Organisation danach ausrichten, um zeitgemäßer zu werden. Bürokratie und Hierarchie sind bei der Umsetzung dann die größten Hindernisse. Sie unterbinden die erforderliche Mobilität im Handeln. Dabei erfordert die Dynamik der neuen Internetgeneration eine flexible Handlungsfähigkeit der Verwaltung um überhaupt in der dialogorientierten Onlinewelt mithalten zu können. Lange Dienstwege machen die Verwaltung unflexibel und digital nur eingeschränkt handlungsfähig. Selbst Nichtkommuni-

kation ist hier bereits eine Kommunikation, meistens aber eine schlechte. Das sollten die Verwaltungen in jedem Fall berücksichtigen.

Die mit dem Begriff 2.0 assoziierten Möglichkeiten der Kooperation und Vernetzung sind entscheidende Voraussetzungen dafür, dass der Bürger künftig nicht nur als Wähler oder Dienstleistungsempfänger agiert, sondern auch als Rat- und Ideengeber eine zentrale Position einnehmen kann. Der Bürger steht schon lange nicht mehr nur am Rande als Beobachter der politischen Entwicklungen, sondern mitten im Geschehen und kann durch das Instrument Internet auf alles nach eigenem Ermessen Einfluss nehmen. Die digitale Revolution gibt ihm die Möglichkeit, auf einfachstem Wege gestalterisch tätig zu werden.

Probleme können vom Staat oder von der Kommune nicht mehr alleine gelöst werden. Die Herausforderungen vor denen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft stehen, verlangen nach mehr Zusammenarbeit. Dabei spielt das Engagement der Bürgerinnen und Bürger eine wichtige Rolle. Neue Lösungskonzepte können nur gemeinsam gefunden werden. Von staatlicher und kommunaler Seite müssen die Rahmenbedingungen für aktives bürgerschaftliches Engagement verbessert werden. Kooperation ist das Schlagwort des 21. Jahrhunderts. Dabei spielt das Internet eine zentrale Rolle. Es bringt die einzelnen Akteure zusammen und stellt den Rahmen für die Entstehung neuer effizienterer und nachhaltiger Strukturen. Dabei muss es uns gelingen, die beiden Gesellschaften, die Bürgergesellschaft und die der Politiker wieder zusammen führen. Dann hat Deutschland eine Zukunft.

Franz-Reinhard Habel ist Sprecher des Deutschen Städte – und Gemeindebundes und Direktor für politische Grundsatzfragen

Kontakt: Franz-Reinhard.Habel@dstgb.de